

SO SEHEN KÜRZUNGEN AUS:

Abendblatt vom 18.8.2012

Schuldenbremse

Bitter für Bürger: Bezirke müssen drastisch sparen

Andreas Dey

Amtsleiter halten Abbau von Personal und Service für unvermeidlich. Sieben funktionstüchtige Bezirksämter sollen erhalten bleiben.

Hamburg. Neun Seiten ist das Dokument lang, aber auf diesen neun Seiten sind nur ganze zwei Wörter unterstrichen: "sieben funktionstüchtige". Sieben funktionstüchtige Bezirksämter wolle man erhalten, dann werde man die Schuldenbremse mittragen, schreiben Hamburgs Bezirksamtsleiter.

Sie haben jetzt ein "Projekt" gegründet, das eng mit der Finanzbehörde abgestimmt ist und den Weg weist, wie die Bezirke ihrer finanziellen Not entkommen wollen und was dabei auf die Bürger zukommen könnte. Und auch wenn in der "Projekteinsatzungsverfügung" nicht von einer Drohung seitens des Senats die Rede ist, muss die Zahl der Bezirksämter wohl ein Thema gewesen sein - sonst hätten die Amtsleiter kaum das Wort "sieben" so demonstrativ hervorgehoben.

Darum geht es: Mit Blick auf die Schuldenbremse, die er 2019 einhalten will, hat der SPD-Senat den Bezirken genau vorgegeben, mit wie viel Geld sie in den Jahren 2013 bis 2017 rechnen können. 2013 bekommen alle Bezirke zusammen 445 Millionen Euro, 2014 sind es 449 Millionen. Das sind zwar gut 30 Millionen mehr als noch 2012, aber im Gegenzug sind auch die Anforderungen an die Bezirke gestiegen, etwa bei den Amtsvormundschaften, bei der Wohngeldauszahlung und bei den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD), die sich um Familien in Not kümmern.

Nach Darstellung der Bezirksamtsleiter werden die Ausgaben daher um sechs bis zehn Prozent oberhalb des zur Verfügung stehenden Betrags liegen. Es geht also um 25 bis 45 Millionen Euro, die eingespart werden müssen. Das Volumen sei "zu hoch, um die gesetzten Ziele mit den bisherigen Maßnahmen zu erreichen", heißt es in dem Papier, das dem Abendblatt vorliegt.

Daher wollen die Bezirke verstärkt prüfen, welche Aufgaben noch zusammengelegt werden können. Schon jetzt ist beispielsweise Eimsbüttel federführend bei der Gerichtshilfe und Harburg beim Thema Wälder. Daneben sind weitere mögliche Maßnahmen genannt, die die Bürger direkt betreffen könnten:

- - "Personalabbau ohne Aufgabenänderung": Könnte zur Folge haben, dass Bauanträge, Personalausweise oder sonstige Genehmigungen langsamer bearbeitet werden;
- "Aufgabenkritik": Würde bedeuten, dass Angebote eingestellt werden;
- "Standardabsenkungen": Leistungen werden nur eingeschränkt erhalten;
- "Ausdünnung oder Abbau von Sprechzeitenangeboten";
- "Erhöhung der Leitungsspanne": mehr Mitarbeiter pro Führungskraft;
- "Verlagerung von Aufgaben auf Stellen außerhalb der Bezirksämter";
- "Rückzug aus der Fläche": Dabei geht es um die Schließung von Kundenzentren wie zuletzt in Stellingen. Nach Aussage eines Bezirksamtsleiters wolle man das möglichst verhindern.

Das "Projekt" läuft zunächst bis September 2014 und wird mit bis zu zehn Mitarbeitern ausgestattet. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, denn die Beschlüsse dürften einen kräftigen Personalabbau zur Folge haben - schließlich geben die Bezirke 85 Prozent ihres Geldes für Personal aus.

Die Gewerkschaften Ver.di und dbb (Beamtenbund) befürchten den Abbau von 500 bis 600 der noch knapp 7000 Stellen. "Ich verstehe ja, dass die Bezirksamtsleiter Lösungen finden müssen", sagt Ver.di-Expertin Sieglinde Frieß. "Aber Personalabbau ist der falsche Weg, und Standardabsenkungen wären für die Bürger eine Katastrophe."

Abendblatt vom 20.8.2012

Immobilien Schon 5400 Hamburger sind ohne Wohnung

Carina Braun

Selbst die Notunterkunft Pik As an der Neustädter Straße ist inzwischen chronisch überlastet. Stadtmission spricht von "zugespitzter Lage".

Hamburg. Die angespannte Lage auf dem **Hamburger Wohnungsmarkt** treibt immer mehr Menschen in die Obdachlosigkeit. Selbst die Notunterkunft Pik As an der Neustädter Straße, letztes Auffangbecken für wohnungslose Menschen, ist inzwischen chronisch überlastet. 190 Plätze hat die Einrichtung, allein in der ersten August-Hälfte aber schliefen dort jeden Tag im Schnitt 206 Menschen - in einem Monat, der warm und vergleichsweise trocken ist.

Ulrich Hermannes, Geschäftsführer der Stadtmission, spricht von einer "Zuspitzung der Lage". Der Bezirkliche Ordnungsdienst Altona bestätigt den Eindruck, auch die sozialen Beratungsstellen im Bezirk Mitte registrieren einen stärkeren Zulauf. Sozialarbeiter Stephan Karrenbauer von der Obdachlosenzeitung "Hinz & Kunzt" sagt: "Alle Einrichtungen verzeichnen einen Anstieg. Besonders am Hauptbahnhof ist die Entwicklung sichtbar."

Offiziell sind in Hamburg rund 5400 Menschen mit Wohnberechtigung ohne feste Bleibe, nach einer empirischen Untersuchung aus dem Jahr 2009 leben davon 1029 auf der Straße. Aktuelle Zahlen gibt es nicht, doch nach Einschätzung zuständiger Stellen ist die Dunkelziffer hoch. Die öffentlichen Unterkünfte sind als befristete Zwischenlösung für die Obdachlosen gedacht. Höchstens drei Monate sollen sie dort leben und dann in Wohnungen vermittelt werden. 63 Prozent der Bewohner, heißt es in einem Konzeptentwurf zur Wohnungslosenhilfe der Stadt, bleiben aber inzwischen länger als ein Jahr: Der "Abfluss" in Wohnungen funktioniert nicht mehr, weil Wohnraum fehlt.

"Wenn sogar das Pik As überlastet ist, sagt das schon einiges aus", sagt Peter Ogon, Fachbereichsleiter Existenzsicherung beim Diakonischen Werk Hamburg. Die Zustände in der Übernachtungsstätte sind berüchtigt. "Viele Obdachlose schlafen da lieber draußen", sagt Ogon. Vor allem bei Jugendlichen und Frauen sei auch verdeckte Obdachlosigkeit verbreitet - sie übernachten in Kellern oder bei Freunden und fallen kaum als Obdachlose auf.

Bis zu 500 zusätzliche Unterkunftsöglichkeiten für Obdachlose und Zuwanderer will die Stadt in naher Zukunft schaffen und droht dabei stets auf Widerstand der Bürger zu stoßen. In Neuland verzögerte ein Bürgerbegehren eine geplante Großunterkunft an der Straße Lewenwerder. Sie öffnet nun erst 2013. Weitere große Unterkünfte sind etwa am Curslacker Neuen Deich und am Poppenbütteler Weg geplant. "Massenunterkünfte sind nicht das, was wir wollen", sagt Ogon. "Aber bei dem angespannten Wohnungsmarkt geht es im Moment nicht anders."

Die Stadt arbeitet derzeit daran, die Hilfsangebote zu verbessern. Außerdem versucht sie verstärkt, Wohnungsunternehmen in die Pflicht zu nehmen. Seit 2005 hat sie mit zehn Genossenschaften und der Saga GWG Kooperationsverträge geschlossen, in denen sich diese verpflichten, pro Jahr eine bestimmte Zahl an Wohnungen zusätzlich an Wohnungslose zu vermitteln. Danach sind statt knapp 700 nun rund 1200 Wohnverhältnisse pro Jahr anvisiert. 2011 wurden zwar nur 786 Wohnungen auf diesem Weg vermittelt, möglichst bald aber, verspricht die Sozialbehörde, soll die Quote erfüllt werden. Verhandlungen mit weiteren Genossenschaften und auch anderen Wohnungsunternehmen liefen.

Zu guter letzt: hier ein Beitrag zur Initiative „umFAIRteilen“:

Die WELT vom 18.8.2012

Ohne Substanz

Von Inga Michler

Das ist wirklich ein starkes Stück: Da stellt sich der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, Frank Bsirske, doch tatsächlich vor die Presse und behauptet, seine neueste Forderung zur Vermögensabgabe sei keine "Substanzbesteuerung". Doch, Herr Bsirske, genau das ist es: Sie wollen den Vermögenden an die Substanz – und beschädigen damit die Substanz der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Eine einmalige "Millionärssteuer" von zehn bis 30 Prozent fordert der Ver.di-Chef. Diese solle für persönliche Nettovermögen über einer Million Euro gelten. Die Grenze ist von der Gewerkschaft mit Bedacht gesetzt. Sie trifft nur wenige der eigenen Mitglieder und taugt damit vorzüglich zur Mobilisierung gegen "die da oben". Noch im Juli hatten die Ökonomen vom DIW eine Vermögensgrenze von 250.000 Euro vorgeschlagen. Das Aktionsbündnis "Umfairteilen", dem auch Ver.di angehört, war durchaus angetan. Bei genauerem Hinsehen offenbarte sich jedoch, dass nach dieser Definition auch ganz normale Leute zu den "Reichen" gehören - fleißige Handwerker mit abbezahlem Eigenheim oder leitende Angestellte mit gefüllten Sparkonten. Doch ob eine Vermögensabgabe nun auf das reichste Prozent der Menschen zielt oder eine größere Gruppe von Wohlhabenden – sie ist im Kern falsch. Denn sie bestraft die Leistungsträger der Gesellschaft gleich doppelt. Die Vermögen nämlich, bei denen sich der Staat bedienen würde, sind ja bereits versteuert. Auch das Einkommen, das mit dem Ersparten erzielt wird – ob in Form von Mieteinnahmen, Zinsen oder Kapitalerträgen - unterliegt der Besteuerung. Die Vermögensabgabe sattelt noch einen drauf. Sie greift per Definition ein in die Vermögenssubstanz. Menschen, die aufgrund ihrer eigenen Leistung – die Besteuerung von Erbschaften steht auf einem anderen Blatt – Geld erwirtschaftet und zurückgelegt haben, wird ein Teil dieser Rücklagen weggenommen. Gleichgültig ob dieser Teil zehn, 20 oder gar 30 Prozent betragen würde – es wäre ein klarer Fall von Enteignung. Hinzu kommt, dass selbst solch radikale Eingriffe das Schuldenproblem unseres Staates nicht lösen würden. Die Einnahmenschätzung von Ver.di ist mit bis zu 300 Milliarden Euro überaus optimistisch. Und dennoch wäre dies nur ein Bruchteil der Gesamtverschuldung. Viele Reiche würden sich zudem den Abgaben durch die Verlagerung ihres Vermögens ins Ausland entziehen. Der Schaden für die deutsche Volkswirtschaft wäre enorm. Nachhaltig lösen lassen sich die Finanzprobleme des Staates nur auf zwei Wegen: durch striktes Sparen und durch eine prosperierende Wirtschaft. Bsirkes Vorschlag, in entsprechendem Klassenkampf-Jargon vorgetragen, verstärkt nur die Spaltung der Gesellschaft. Mit Neid auf "die da oben" ist aber niemandem geholfen. Denn Missgunst schafft kein Wirtschaftswachstum.

In einer Abstimmung zu diesem Artikel hatten sich am 18.8. um 21:45 Uhr bei der Welt

1868 Menschen beteiligt.

Davon waren

für eine Reichensteuer	39 % und hatten mit JA gestimmt.
gegen eine Reichensteuer waren	57 % und hatten mit NEIN gestimmt
ohne Meinung waren	4 % und hatten „weiß nicht“ gesagt

Vermutlich geht es Euch wie mir ? Das möchte man mal verstehen oder?